



Mehr Geld für Duisburger Bauarbeiter

(RP) Die 300 Bauunternehmen in Duisburg müssen Facharbeitern nun mindestens 15,20 Euro pro Stunde zahlen. So hoch liegt ab März der Mindestlohn in der Branche. Auch angelernte Kräfte haben damit Anspruch auf 43 Euro mehr im Monat, wie die IG BAU mitteilt. Die Lohnuntergrenze ist für alle Baubetriebe ein Muss. Sie beschäftigen nach Angaben der Arbeitsagentur in Duisburg 3340 Menschen. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein spricht von einem „überfälligen Lohn-Plus“ – appelliert jedoch an Fachkräfte, eine Bezahlung nach Tarif einzufordern oder die Firma zu wechseln. „Der Mindestlohn ist gut, aber der Tariflohn ist besser. Darunter sollte kein ordentlicher Bauarbeiter arbeiten gehen“, so Bezirkschefin Karina Pfau. Dieser liegt derzeit bei 20,63 Euro pro Stunde. „Der Boom im Baugewerbe geht weiter. Viele Firmen suchen händelnd nach qualifizierten Mitarbeitern. Deshalb sollten Bauarbeiter sich nicht unter Wert verkaufen – ohne sie geht es nicht“, sagt Pfau. Im vergangenen Jahr verzeichnete die Branche bundesweit Auftragsgänge von knapp 80 Milliarden Euro – der höchste Wert seit 24 Jahren, so das Statistische Bundesamt. Im März steigt außerdem der Mindestlohn für einfachste Hilfsarbeiten. Ungelernte bekommen jetzt mindestens 12,20 Euro in der Stunde. Nach Einschätzung von Gewerkschafterin Pfau versuchen jedoch einige Betriebe, Fachleute mit dem Helferlohn abzuspeisen. „Aber das ist illegal und kann bei einer Betriebskontrolle des Zolls für den Arbeitgeber richtig teuer werden.“



Pressespiegel

Ausgabe: 27.03.2019



Schwerpunktstaatsanwaltschaften sollen Schwarzarbeit auf den Grund gehen

Aktuelle Zollbilanz des Finanzministeriums: Weniger Kontrollen, mehr Verstöße

Frankfurt am Main, 26.03.2019

Zur heute vom Bundesfinanzministerium vorgestellten Bilanz der Zollkontrollen erklärt Robert Feiger, Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt:

„Die Zahlen zeigen: Je genauer die Zollbeamten Schwarzarbeit und Mindestlöhne ins Visier nehmen, desto häufiger werden sie fündig. Doch das Risiko für Arbeitgeber, bei Trickereien erwischt zu werden, bleibt verschwindend gering. Deshalb braucht die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mehr Personal. Die Ankündigung von Finanzminister Olaf Scholz, die Einheit um weitere 3.500 Beamte aufzustocken, ist ein wichtiger Schritt, reicht allein aber nicht aus.

Zusätzlich zur Aufstockung der Kontrolleure brauchen wir spezielle Schwerpunktstaatsanwaltschaften in allen Bundesländern. Ihr Fokus soll ausschließlich darauf liegen, kriminelle Machenschaften und illegale Beschäftigung zu verfolgen. Nur so ist eine schnelle und effiziente Strafverfolgung gesichert. Das hätte eine weitaus abschreckendere Wirkung auf Wirtschaftskriminelle als die bisherige Kontrollpraxis.

Außerdem braucht Deutschland ein ‚Sündenregister‘ für Schwarzarbeit. Es muss eine öffentliche Kartei geben, in der die Betriebe aufgelistet werden, deren Geschäftsmodell auf illegaler Beschäftigung und Lohn-Prellerei beruht. Nur so kann es gelingen, schwarze Schafe künftig von der öffentlichen Auftragsvergabe auszuschließen. Darüber hinaus ist es notwendig, Schwarzarbeit nicht länger als Ordnungswidrigkeit zu behandeln, sondern konsequent als Straftat zu ahnden.“

Lokalkompass